



**Krista Sager
Priska Hinz
Kai Gehring**

Mitglieder des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen

Bewertung des Koalitionsvertrags im Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung

Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag führt bildungs- und forschungspolitisch in die Sackgasse. Wie schon beim Bildungsgipfel vor einem Jahr beschränkt sich die Beschwörung der Bildungsrepublik erneut auf schöne Reden. Das Wort Bildung darf zwar den Titel des Vertragswerks zieren. Gleichzeitig wird einem tatsächlichen Bildungsaufbruch durch die Steuerpolitik der schwarz-gelben Koalition aber die finanzielle Grundlage entzogen. Das deutsche Bildungssystem bleibt chronisch unterfinanziert und der Kampf gegen die Bildungsarmut wird erst gar nicht aufgenommen.

Bildungsrepublik auf tönernen Füßen

Es zeugt von Ignoranz, die Bildungsrepublik auszurufen, aber die Länder und Kommunen bei der Finanzierung und Steigerung ihrer Bildungsausgaben alleine zu lassen. Heuchlerisch wird es, die Länder und Kommunen zu höheren Bildungsanstrengungen zu ermahnen und im gleichen Atemzug dafür zu sorgen, dass ihre Einnahmen wegbrechen. Wer in diesen Zeiten im Bund Steuersenkungen sät, wird Bildungskürzungen in Ländern und Kommunen ernten. Schwarz-Gelb handelt damit massiv zu Lasten und auf Kosten junger und künftiger Generationen und schmälert deren Bildungschancen.

Die Steuersenkungspläne sind eine Affront gegen die Länder und Kommunen, die zusammen rund 85% aller öffentlichen Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung leisten müssen. Von den im Koalitionsvertrag angekündigten Steuersenkungen in Höhe von 24 Mrd. € pro Jahr müssen die Länder und Gemeinden über die Hälfte tragen, nämlich bis zu 14 Mrd. €. ¹ Dieser Betrag entspricht dem Gegenwert von beispielsweise 1 Million Studienplätzen oder 2 Millionen Kita-Plätzen. Bereits die noch von der großen Koalition beschlossenen Steuersenkungen in Höhe von 13 Mrd. € p.a. zum 1. Januar 2010 und die Steuerausfälle im Zuge der Wirtschaftskrise strapazieren die Länder- und Kommunalhaushalte enorm. Die Vorstellung, der Spar-Druck in den Ländern und Kommunen würde am Bildungsressort vorbeiziehen, ist naiv. Schuldenbremse und gesetzliche Vorgaben in vielen Ausgabenbereichen schränken die tatsächlichen Spielräume der Länder stark ein. Als freiwillige Ausgaben bleiben vielfach nur die Investitionen in die Bildungsqualität.

¹ Auf diese Werte kommen sowohl Reuters, die sich auf die Berechnungen eines unionsgeführten Bundeslandes stützen, als auch die Senatsverwaltung für Finanzen in Berlin. Die bereits bezifferbaren Beschlüsse des Koalitionsvertrags haben ein Volumen von 7 bis 8 Mrd. pro Jahr, von denen über 60% zu Lasten der Länder und Kommunen gehen werden. Die Entlastungen im Rahmen der für 2011 angekündigten Einkommenssteuer-Strukturreform haben eine Höhe von 17 Mrd. € pro Jahr. Unter Berücksichtigung des Solidaritätszuschlags haben Länder und Gemeinden rd. 55% des Entlastungsvolumens zu tragen.

Einen Vorgeschmack auf die Verteilungskämpfe lieferte die Finanzministerkonferenz der Länder. Seit dem Bildungsgipfel ist die Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister darum bemüht, das Bildungsbudget schönzurechnen. Durch Buchungstricks wollen die Finanzminister nachweisen, dass das Zehn-Prozent-Ziel schon längst erreicht worden sei. Dafür werden dann zum Beispiel die aktuellen Pensionszahlungen der Lehrkräfte, die in den siebziger, achtziger und neunziger Jahren unterrichtet haben, zu den heutigen Bildungsausgaben hinzuaddiert.

Im Effekt wird es für viele Länder schwer sein, überhaupt den Status quo bei der öffentlichen Finanzierung der Bildungseinrichtungen zu halten - vom nötigen Aufwuchs und Qualitätsverbesserungen ganz zu schweigen.

Sprengstoff für die Bildungsgerechtigkeit

Der Schlüssel zu mehr Bildungsgerechtigkeit liegt in der Gewährleistung einer hochwertigen Bildungsinfrastruktur, die für jeden zugänglich ist. Doch die schwarz-gelbe Koalition setzt auf Steuererleichterungen und finanzielle Transfers und folgt damit der fatalen Philosophie, Bildung sei Privatsache. Bildungsarmut lässt sich so nicht bekämpfen. Im Gegenteil, die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags vertiefen die soziale Spaltung. Gerade an den bildungsfernen Schichten ziehen Steuererleichterungen vorbei. Wer heute schon an der Bildung sparen muss, der bekommt künftig noch weniger. Wer viel in seine Bildung investieren kann, wird unter Schwarz-Gelb bei den Transfers noch zusätzlich privilegiert – und dabei unterstützt, aus den öffentlichen Bildungseinrichtungen auszusteigen.

Das erste Paradebeispiel für die soziale Schieflage durch finanzielle Transfers ist die **Erhöhung des Kindergeldes** um 20 Euro und des Kinderfreibetrags auf 7.008 Euro. Die Erhöhung belastet die öffentlichen Haushalte mit 4,6 Mrd. Euro pro Jahr. Kinder aus einkommensstarken Haushalten profitieren am meisten. Kinder aus Hartz VI-Familien gehen dagegen leer aus, weil das Kindergeld komplett mit der Sozialleistung verrechnet wird. Dies ist nicht nur in hohem Maße ungerecht, sondern auch völlig ungeeignet Kinder- und Jugendarmut zu bekämpfen. Bereits 10 Prozent des Geldes, das nun in die Kindergelderhöhung fließt, würden reichen, jedem Kind ein kostenloses Kindergartenjahr zu ermöglichen. Mit dem Restbetrag ließe sich der Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Betreuungspatz ab dem ersten Lebensjahr realisieren. Damit könnten Kindern wirksame Wege aus Armutfallen gebaut sowie endlich Bildung, Betreuung und Erziehung von Anfang an realisiert werden.

Das zweite Paradebeispiel ist das **Betreuungsgeld**, das Ministerin von der Leyen zu Recht vor Monaten selbst noch als „bildungspolitische Katastrophe“ bezeichnete. Durch das Betreuungsgeld erschwert die schwarz-gelbe Koalition den Zugang zur frühkindlichen Bildung. Das vereinbarte Betreuungsgeld ist eine Belohnung für alle, die ihre Kinder zuhause betreuen statt sie in eine Kita zu geben. Die Eltern sparen nicht nur Kita-Gebühren, weil ein Elternteil zuhause bleibt, sondern bekommen sogar noch eine finanzielle Belohnung. Finanziell lukrativ ist das Betreuungsgeld vor allem für gering qualifizierte Eltern, erst recht in Kombination mit der ebenfalls vereinbarten Streckung des Elterngelds und dem Ehegattensplitting, das weiterhin Bestand haben soll. Gerade Kinder aus bildungsfernen Familien schließt das Betreuungsgeld damit von der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung in der Kita faktisch aus.

Weitere 150 Euro bei der Geburt verspricht das „**Zukunftskonto**“, das Schwarz-Gelb für jedes neu geborene Kind künftig anlegen will. Das Zukunftskonto soll der

Ausgangspunkt dafür sein, dass Eltern, Großeltern oder Paten auf diesem Konto fortlaufend für die Bildung ihrer Kinder sparen. Als Anreiz fürs Sparen verspricht Schwarz-Gelb, die Einzahlungen mit einer Prämie zu unterstützen. Am Ende werden die einen Kinder ein reichlich gefülltes Zukunftskonto haben, während die anderen Kinder mit mageren 360 Euro² dastehen. Das Zukunftskonto armer Kinder wird auf diese Weise so leer bleiben, wie der Geldbeutel ihrer Eltern.

Was einmal von diesem Geld bezahlt werden soll, wenn die Kinder 18 sind, verrät der Koalitionsvertrag nicht: Studiengebühren? Ganze Studiengänge? Das Nachholen von Schulabschlüssen? Fest steht aber, dass die Gesamtsumme dieser Zukunftskonten bald in ziemliche Höhen steigen wird. Mit 680.000 Geburten kommen pro Jahr 100 Mio. € oben drauf, zuzüglich der Einzahlungen der Verwandten, der staatlichen Zuschüsse und der jährlichen Zinsen. Diese Summen werden automatisch Begehrlichkeiten wecken, von Seiten der öffentlichen Bildungseinrichtungen wie von Seiten privater Bildungsdienstleister. Unverhohlen schießt Schwarz-gelb auf die **Schaffung kommerzieller Bildungsmärkte**.

Wie stark der Gedanke an kommerzielle Bildungsmärkte im Koalitionsvertrag präsent ist, zeigt sich auch an der einzigen Maßnahme, die sich ausdrücklich an benachteiligte Kinder und Jugendliche wendet. Benachteiligte Kinder und Jugendliche sollen **Bildungsschecks** erhalten, um die geringen Kompetenzen in Lesen und Mathematik auszugleichen. Statt in Ganztagschulen mit individueller Förderung zu investieren, zieht Schwarz-Gelb es vor, z.B. Nachhilfe zu subventionieren.

Wildwuchs statt Bund-Länder-Kooperation

Wir Grünen haben im vergangenen Jahr die Kosten für den notwendigen Bildungsaufbruch und mehr Bildungsgerechtigkeit errechnen lassen. Die jährlichen Mehrkosten belaufen sich nach dieser Rechnung auf rd. 23 Mrd. € und entsprechen damit ziemlich genau dem Betrag, um den die deutschen Bildungseinrichtungen im OECD-Vergleich unterfinanziert sind. Damit ließe sich finanzieren:

- die Verwirklichung des Rechtsanspruch auf einen qualitativ hochwertigen, ganztägigen Betreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr;
- der flächendeckende Ausbau gebundener Ganztagschulen mit individueller Förderung bis 2020;
- die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Studienplätzen auf internationalem Niveau bei Betreuung und Ausstattung, damit bis 2020 mindestens 45% eines Jahrgangs ein Hochschulstudium aufnehmen können.

Dieser Bildungsaufbruch erfordert eine gewaltige Kraftanstrengung und ist von Bund, Ländern und Kommunen nur gemeinsam zu leisten. Sie geht weit über die 3 Mrd. € hinaus, die Schwarz-Gelb in den kommenden vier Jahren auf Bundesebene pro Jahr durchschnittlich für Bildung, vor allem aber für Wissenschaft und Forschung mehr ausgeben will. Notwendig wäre es daher, das Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufzuheben, das inzwischen selbst die Bundesbildungsministerin für „falsch“ hält (Thüringer Allgemeine, 12.8.09).

Mit dem Festhalten am Kooperationsverbot versäumt Schwarz-Gelb es aber nicht nur, das Fundament für die Bildungsrepublik zu legen. Vielmehr verzichtet die Koalition gleich gänzlich darauf, solche Bildungsziele zu formulieren, die für den gesamt-

² Dieser Betrag ergibt sich, wenn das Startguthaben über achtzehn Jahre mit 5% verzinst wird.

staatlichen Bildungsaufbruch von entscheidender Bedeutung sind, aber nur in Kooperation mit den Ländern möglich sind: Das Wort Ganztagschulen taucht im gesamten Bildungskapitel nicht auf. Eine Zielquote für Studienanfänger fehlt im Koalitionsvertrag ebenso wie der Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung.

Das Kooperationsverbot hindert Schwarz-Gelb aber keineswegs daran, die bildungspolitischen Initiativen des Bundes weitgehend in Partnerschaften, Pakte, Allianzen und Bündnisse mit den Ländern, den Kommunen, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft zu verlagern. Insbesondere die Länder will Schwarz-Gelb zur Beteiligung und Mitfinanzierung seiner Programme ermuntern. Doch die Zusammenarbeit soll jetzt im Wildwuchs stattfinden: ohne parlamentarische Beteiligung und ohne verfassungsgemäße und gesetzliche Grundlage.

Stagnation bei beruflicher Bildung und Weiterbildung

Dort wo der Bund originäre Bildungskompetenzen besitzt und mutige Schritte gehen könnte, nämlich in der beruflichen Bildung und der Weiterbildung, bietet der Koalitionsvertrag nur Phrasen, Leerstellen und Ideenlosigkeit.

Strukturelle Reformen im Bereich der beruflichen Bildung packt Schwarz-Gelb nicht an. Stattdessen soll der unzureichende „Nationale Ausbildungspakt“ fortgeführt werden. Union und FDP bleiben damit die Antwort schuldig, wie neue Ausbildungsplätze geschaffen werden können, der Übergang von Schule in den Beruf ohne Warteschleifen funktionieren soll und das Ausbildungssystem konjunkturabhängiger gestaltet werden kann. Über die Qualität von Ausbildung schweigt sich die Koalition völlig aus.

Im Bereich Weiterbildung ist die neue Koalition ebenfalls eine herbe Enttäuschung. Das schwarz-gelbe "Zukunftskonto" ist das Gegenteil des grünen "Weiterbildungskontos", das für Geringverdiener höhere Prämien vorsieht, um gerade diesen Menschen zusätzliche Weiterbildungschancen zu eröffnen. Darüber hinaus findet sich außer der nebulösen Absicht einer Weiterbildungsbündnis, die schon vor einem Jahr auf den Weg gebracht werden sollte, nichts Substanzielles im Koalitionsvertrag: Keine Ziele zur Weiterbildungsquote, keine Vereinbarung für ein Erwachsenen-Bafög, kein Konzept zur Unterstützung der KMU bei Weiterbildung, kein systematischer Ansatz, um die Beratung zu verbessern.

Keine Strategie gegen den Akademikermangel

Auch in der Hochschulpolitik folgt Schwarz-Gelb der Richtschnur: Vorrang für finanzielle Transfers zu Lasten des quantitativen und qualitativen Ausbaus der Bildungseinrichtungen.

Obwohl der letzte OECD-Bildungsbericht noch einmal deutlich gemacht hat, dass es in Deutschland zu wenige Hochschulabsolventinnen und -absolventen gibt, verweigert sich die schwarz-gelbe Koalition jeglicher Strategie, um den Akademikermangel zu beheben und mehr junge Leute für ein Studium zu gewinnen. Bewusst verzichtet Schwarz-Gelb auf jede Festlegung bei der Studienanfängerquote. Der Hochschulpakt, sofern er überhaupt über 2010 hinaus verlängert wird, bleibt unterfinanziert. Damit nimmt Schwarz-Gelb es in Kauf, dass zahlreiche Studienberechtigte aus den doppelten Abiturjahrgängen, die in den nächsten Jahren an die Hochschulen stre-

ben, ohne Studienplatz bleiben. Das „Recht auf Bildung“ würde damit völlig ad absurdum geführt.

Schwarz-Gelb will die Hürden des sozial-selektiven Bildungssystems in unserem Land zementieren. Nichts wird gegen die unzureichende Studienfinanzierung getan, keine Verbesserungen für Bedürftige sind geplant. Stattdessen sollen die knappen Mittel in ein nationales Stipendiensystem für Begabte gesteckt werden. Ein breites Stipendiensystem müsste dabei eigentlich längst existieren. Denn es wurde von der Wirtschaft und den Landesministern versprochen, als immer mehr Bundesländer Studiengebühren eingeführt haben. Weil die private Finanzierung aber nicht in Gang kommt, wollen die schwarz-gelben Koalitionäre, dass Bund und Länder die Hälfte der Kosten übernehmen.

Die 300-Euro-Stipendien werden in erster Linie in die Portemonnaies bildungsnaher Studierender fließen. Einen zusätzlichen Anreiz für junge Menschen aus bildungsferneren und einkommensarmen Familien bieten sie nicht. Schon heute führen das selektive Schulsystem und der viel zu enge „Begabungsbegriff“ dazu, dass Stipendien überdurchschnittlich oft an Studierende aus bildungsnahen Schichten gehen. Das schwarz-gelbe Stipendien-Geschenk macht die wiederholte soziale Auslese der Ausgelesenen um ein Instrument reicher und privilegiert einseitig bildungsnahen Gruppen anstatt gezielt die Bildungspotenziale von Kindern aus nicht-akademischen und Migrationshaushalten zu heben.

Rückwärtsgewandte Forschungspolitik mit fragwürdigen Zielen

Die Umstellung der Wirtschaft auf nachhaltiges Entwickeln, Produzieren und Konsumieren im Sinne eines Green New Deals braucht auch ein mutiges Umsteuern in der Forschungspolitik. Ohne diese Erneuerung wird Deutschland aus der Krise nicht gestärkt herauskommen, auch wenn die Kanzlerin das noch so oft verspricht.

Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag zeigt keinen Aufbruch in eine bessere Zukunft. Im Gegenteil. Durch die versprochenen Steuersenkungen sind auch die drei zentralen Vorhaben der Wissenschaftspolitik akut in Gefahr: Exzellenzinitiative, Hochschulpakt 2 und der Pakt für Forschung und Innovation. Alle drei Pakte müssen von den Ländern kofinanziert werden, doch die angekündigten Steuersenkungen werden die Länder in ihrer Finanzkraft absehbar so schwächen, dass diese ihren Anteil kaum werden aufbringen können.

Die im Wahlkampf von CDU und FDP versprochene steuerliche Forschungsförderung wurde im Koalitionsvertrag zur vagen Absichtserklärung. Wirtschaftspolitisch klüger als allgemein die Unternehmenssteuern zu senken wäre es, die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten von kleinen und mittleren Unternehmen gezielt durch eine Steuergutschrift zu fördern, wie wir Grüne es fordern. Denn ist es für den Green New Deal von entscheidender Bedeutung, die ökologische Modernisierung insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen aktiv zu unterstützen.

Die neue Koalition bleibt altem Denken verhaftet. Schwerpunkte setzt sie auf die Forschungsfelder Energie, Pharma und Luftfahrt. Der Koalitionsvertrag zeigt damit deutlich die Handschrift der Lobbyisten aus traditionellen Industrien. Die kerntechnische Sicherheitsforschung und die Fusionsforschung sind für Schwarz-Gelb Zukunftstechnologien. Der Glaube an den Segen der Großtechnologien ist ungebrochen. FDP und Union vergeben damit die Chance durch eine konsequente Ausrich-

tung der Forschungspolitik auf die großen Herausforderungen wie Klimaschutz und demographischer Wandel wirksame Impulse für die ökologische und soziale Modernisierung Deutschlands zu setzen.

Wie vorgestrig die Forschungsausrichtung der Koalition ist, zeigt auch der ideologische Kampf der FDP für die grüne Gentechnik. Der Koalitionsvertrag behauptet, was alle neueren Studien, so z.B. die des Technikfolgenabschätzungsbüros beim Deutschen Bundestag, klar widerlegen: „Die Grüne Gentechnik kann einen Beitrag zur Bekämpfung des Welthungers leisten.“

Die Risikoforschung und Technikfolgenabschätzung kommt bei Schwarz-Gelb überhaupt nicht vor. Damit fällt die neue Regierung in alte Zeiten zurück. Heute ist es breiter Konsens in der Wissenschaft, dass die Risiken neuer Technologien frühzeitig untersucht und die technische Forschung sozialwissenschaftlich begleitet werden sollte. Schwarz-Gelb will die Nanotechnologie stärken, setzt sich aber keine Ziele für die Stärkung der Risikoforschung! Und das obwohl erhebliche Wissenslücken über die Wirkung auf Mensch und Umwelt bei dieser vielversprechenden Technologie bestehen. Schwarz-Gelb will die Sicherheitsforschung ausbauen, verliert aber keine Silbe über die notwendige sozialwissenschaftliche Begleitforschung! Verantwortliche Forschungspolitik, die Risiken minimiert und gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge in den Blick nimmt, damit die Chancen neuer Technologien nachhaltig erschlossen werden können, sieht anders aus!

Der Koalitionsvertrag gibt im Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungsteil keine überzeugenden Antworten darauf, wie die Herausforderungen, die aus dem Klimawandel, der demografischen Entwicklung und der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise erwachsen, zu bewältigen sind.

Berlin, 4. November 2009